

Pressemitteilung (18.02.2019)

FDP Heinsberg nimmt Stellung zu den Begehrlichkeiten der SPD und der Freien Wähler.

Heinsberg. Zum Antrag der Freien Wähler mit dem Betreff „**Sportstättenkonzept**“ sagt der FDP Stadt- und Fraktionsvorsitzende David Stolz: „Generell ist der Antrag als vernünftig anzusehen, jedoch zurzeit voreilig. Denn wir müssen die Förderrichtlinie des Landes NRW zum Sportstättenprogramm abwarten. Daher sollte dieser Antrag vertagt werden und wir sind gerne bereit nach Vorlage aller Informationen dieses Thema erneut zu diskutieren.“

Zum Antrag der Freien Wähler mit dem Betreff „**Parksituation**“ teilt Stolz mit: „Im Grundsatz richtig, aber hierzu bedarf es keines Antrages. Nach unserer Auffassung ist dies auch von der Verwaltung selbst zu erledigen. Hierzu sollten dann zusätzlich die Ortsvorsteher mit einbezogen werden. Dies wäre deutlich günstiger für unsere Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg. Wir gehen sogar davon aus, dass dies in den Bereich des neuen technischen Beigeordneten fällt.“

Weiter meint Stolz zu dem gemeinsamen Antrag der SPD und der Freien Wähler mit dem Betreff „**Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft**“: „Diesen Antrag werden wir ablehnen. Weder brauchen wir diese sehr kostspielige Gesellschaft dank unserer starken privaten Baubranche in Heinsberg noch können wir einen Mehrwert für unsere Bürger erkennen. Zudem hat das Land NRW die Mittel zur Förderung von Wohnraum auf 1,1 Mrd. € pro Jahr erhöht.“

Zu den weiteren Begehrlichkeiten der SPD Fraktion mit Betreff „**Gutachten im Grundschulbereich**“ sowie „**Steuerhebesätze**“ entgegnet Stolz: „Der Hintergrund für ein neues **Gutachten** ist zwar verständlich, jedoch am Ziel vorbei. Von einem weiteren Parallelgutachten sehen wir ab. Auch hier sind wir der Meinung, dass wir uns diese Kosten sparen können. Das Gutachten des Kreises ist ausreichend.“

In Sachen **Steuerhebesätze** sind wir schon erstaunt, dass doch ausgerechnet die SPD mit einer Ermäßigung der Hebesätze kommt, da diese doch bisher immer noch höhere Hebesätze gefordert hatte. Die FDP ist der Meinung, dass dieser Schritt jetzt zu früh kommt. Generell sind wir der Auffassung, dass mittelfristig die Hebesätze wieder sinken müssen, hierzu gehört jedoch auch der Gewerbesteuersatz. Den ersten ausgeglichenen Haushalt seit Einführung des NKF werden wir nicht gefährden. Der Antrag ist daher abzulehnen.“

Bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zog Stolz sein **Fazit**: „Drei Dinge, die für uns von übergeordneter Wichtigkeit sind: 1. Keine Steuererhöhungen; 2. Investitionen in die Zukunft, wie Bildung und 3. Die Entschuldung muss vorangehen und vor allem muss sie generationsgerecht sein. Alle diese drei Punkte finden sich in dem vorliegenden Entwurf wieder. Die FDP Fraktion wird dem Haushalt in der vorliegenden Form zustimmen.“